

Keine Akademiker-Veranstaltung: Klarstellung zu „Erklärung 2018“

Von Peter Helmes

Der Geist steht nicht mehr nur links

Bei einigen Lesern scheint der Eindruck entstanden zu sein, die „Erklärung 2018“ sei eine Art elitärer Veranstaltung – sozusagen von Akademikern für Akademiker. Dies trifft aber nicht zu, überhaupt nicht.

Die Erstunterzeichner wollten mit der Erklärung nicht nur die falsche Politik der Großen Koalition anprangern, sondern auch zeigen, daß „der politische Geist“ nicht von den Linken gepachtet ist, sondern erfolgreich seinen Marsch zur Mitte begonnen hat.

Wer erinnert sich noch an einen gewissen Günther Grass und seine intellektuellen Kinderchen? Mit dem gesammelten Rückenwind der '68er verkündeten sie ex cathedra:

„Der Geist steht links!“

Und viel künstliches „Volk“, äh künstlerisches Volk, solidarisierte sich mit denen, die weiland Willy Brandt in den Himmel hoben und die Links-Götzen Mao, Pol Pot, Marx etc. verherrlichten – unterstützt durch die üblichen linken Hofschranzen-Medien. Schlimm war nur, daß im echten Volk sich tatsächlich die Meinung breitmachte, daß wer „Geist“ hatte automatisch links zu verorten sei.

Das hat sich geändert, sehr geändert. Viele Intellektuelle haben gemerkt und wissen inzwischen, daß mit Arbeiterparadies-Verlockungen im wahrsten Sinne des Wortes kein Staat zu machen ist.

Ich zitiere aus einem kurzen Schriftwechsel zwischen dem langjährigen *conservo*-Leser „Karl Schippendraht“, dessen Kommentare ansonsten stets sehr bemerkenswert sind, und mir:

„Karl Schippendraht“:

„Ohne Bürgerkrieg werden keine demokratischen Verhältnisse in Deutschland mehr herzustellen sein.“

Bei der Erklärung 2018 zeigen sich gewisse Nebenwirkungen, wenn man sich in elitär-abgehobener – Manier etwas über den Durchschnittsbürger stellen will. Damit meine ich nicht die verwerflichen Aktionen gegen die Unterzeichner, sondern die Tatsache, dass sich in diese „Akademikerliste“ nun auch Hochstapler und Saboteure einschleichen.“

Meine Antwort an Schippendraht:

„Lieber Karl Schippendraht, ich glaube, Du unterliegst einem Mißverständnis. Die „Erklärung 2018“ ist nicht von Akademikern für Akademiker verfaßt worden, sondern soll zeigen, daß auch Künstler, Schriftsteller usw. auf unserer Seite stehen, weil ansonsten stets behauptet wird, „der Geist steht links“. Deshalb freue ich mich, daß so viele aus unserem Kreis unterzeichnet haben. Daß nach der Natur dieser Berufe viele Akademiker vorkommen, ist endlich mal was Erfreuliches; denn die sind früher oft zuhause geblieben. Lb. Gr. PH“

In der Tat, prominente Autoren, Journalisten, Professoren und Wissenschaftler haben die von Vera Lengsfeld initiierte „Erklärung 2018“ aus der Taufe gehoben – ein leuchtendes Fanal gegen eine völlig verkorkste und unsere Nation gefährdende Politik, deren Hauptfehler auf einer völligen Mißinterpretation unseres Grundgesetzes beruht. Einer der besten Staatswissenschaftler schrieb in einem klaren Gutachten dazu:

Prof. Dr. Schachtschneider:

"Es gibt auch kein Gesetz, das Deutschland zum Einwanderungsland erklärt, und es gibt erst recht keine dahingehende Verfassungsbestimmung. Im Gegenteil ist nach dem Grundgesetz das "Deutsche Volk" oder das "deutsche Volk" zu dem Staat Bundesrepublik Deutschland verfaßt. Solange nicht eine neue Verfassung, die sich das Volk gemäß Art 146 GG gibt." "Weder der Gesetzgeber, also der Bundestag (auch nicht mit 2/3 Mehrheit), kann dies ändern. Das stellt die Unabhängigkeitsklausel Art. 79 Abs. 3 GG klar."

Wir werden immer mehr! Eine Woche „Gemeinsame Erklärung 2018“

Von Vera Lengsfeld

Am vergangenen Donnerstag traten 30 prominente Autoren, Journalisten, Professoren und Wissenschaftler mit einer [mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit](#), in der sie sich mit den Demonstranten solidarisieren, die gegen die Beschädigung unseres Landes durch die illegale Masseneinwanderung und für die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit an unseren Grenzen auf die Straße gehen.

Innerhalb einer Woche unterschrieben hunderte Sympathisanten. Allein gestern kamen 450 E-Mails von Menschen an, die unterzeichnen möchten.

Dabei hatten die Initiatoren den Kreis der Unterzeichner bewußt eingeschränkt. Dafür gibt es zwei Gründe:

Erstens wollten wir dokumentieren, dass sich die Ablehnung der „Flüchtlingspolitik“ sich nicht auf die Menschen beschränkt, die von Politik und Medien ebenso arrogant wie unzutreffend als die „Abgehängten“, „Verlierer“ oder „Benachteiligte“ bezeichnet werden.

Der Protest reicht bis tief in die Mitte der Gesellschaft. Es sind die Leistungsträger in unserem Land, die dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft trotz chaotischer Einwanderung immer noch funktioniert, die sich hier artikulieren. Von Politik und Medien wird bisher immer noch weitgehend ignoriert, dass die „Wir schaffen das!“-Politik fatal gescheitert ist. Wer den Koalitionsvertrag der GroKo liest, weiß, dass der Missbrauch des Asylgesetzes als Einwanderungshilfe weiter gehen soll, wie bisher. Obwohl Deutschland inzwischen als Einwanderungsland bezeichnet wird, gibt es weder ein Einwanderungsgesetz, noch eine Einwanderungsbehörde, keine Struktur, die es Einwanderern ermöglicht, sich schnell in die Gesellschaft einzugliedern und sich eigenständig eine neue Existenz aufzubauen.

Es gäbe keine illegale Einwanderung wird uns in den Medien entgegengehalten. Nun, Hans-Georg Maaßen, seit 2012 Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, hat 2016 festgestellt, dass 70% der Einwanderer keine gültigen Pässe vorwiesen und nur auf Grund eigener Angaben hier Aufnahme fanden. Darunter waren laut Maaßen schon 2016 mindestens 1100 Terroristen und 8600 Salafisten. Die Zahl der so genannten Gefährder mit falschen Identitäten steigt mit jedem Tag.

Das Oberlandesgericht Koblenz schrieb Anfang 2017 in einem Urteil: „Die rechtsstaatliche Ordnung in der Bundesrepublik ist in diesem Bereich (illegale Einwanderung VL) seit rund eineinhalb Jahren außer Kraft gesetzt und die illegale Einreise ins Bundesgebiet wird momentan de facto nicht mehr strafrechtlich verfolgt.“

Nach Angaben der Bundespolizei wurden im Jahr 2017 über 50.000 illegale Einreisen in unser Land registriert. Die Dunkelziffer ist um ein Vielfaches höher. Nachdem an der deutsch-österreichischen Grenze vermehrt kontrolliert wurde, haben sich die (illegalen) Reisewege in unser Land geändert. Österreich ist nur noch ein Einfallstor von vielen. Über Spanien, Frankreich, die Schweiz und auch Belgien kommen viele illegale Einwanderer aus (Nord-)Afrika. Die Einreise über Polen und Tschechien wird immer beliebter. Es wird aber

weiterhin offiziell nur an der Grenze zu Österreich und an den Flughäfen (bei Flügen aus Griechenland) innerhalb des Schengen-Raumes kontrolliert.

Daran haben auch die großspurig verkündeten Grenzsicherung-Pläne unseres neuen Innenministers Seehofer nichts geändert. Es sollte sich inzwischen herumgesprochen haben, dass Seehofer viel ankündigt und nichts davon umsetzt.

Unsere Erklärung wurde ab letzten Dienstag von fast allen Mainstream-Medien verbreitet. Manche Beiträge waren erstaunlich sachlich, andere reine Hetze. Das hat uns nicht geschadet. Im Gegenteil, die Zahl unserer Unterstützer schnellte in die Höhe. Wir konnten den Ansturm kaum bewältigen.

Wir bitten alle zukünftigen Unterzeichner, etwas Geduld zu haben. Ihr Name erscheint nicht sofort auf der Liste, sondern frühestens am nächsten Tag. Ein Student bearbeitet alle ankommenden Mails. Sie können ihm die Arbeit erleichtern, wenn Sie sich auf die nötigen Angaben beschränken und auf Bitten um Bestätigung verzichten.

Wir dürfen ihnen aber nicht vorenthalten, dass unsere Liste unter schärfster Beobachtung der staatlich finanzierten Netz-Denunzianten steht. Bitte verzichten Sie auf die Angabe Ihrer Arbeitsstelle, denn die wird von den Denunzianten sofort informiert. Eine Unterzeichnerin musste die Erfahrung machen, dass sich innerhalb von wenigen Stunden, nachdem ihre Unterschrift öffentlich wurde, sich ein Denunziant, der sich „Gurkenkönig“ nannte, bei ihr meldete mit der Frage, ob ihre Auftraggeber wüssten, dass sie eine „Neonazi-Liste“ unterschrieben hätte. Außerdem wurde ihr Terminplan auf die Seiten der Denunzianten-Truppe verlinkt.

Last not least gab es den ersten Versuch, uns die Unterschrift eines aktiven NPD-Funktionärs unterzuschieben. Aus der Fake-Mail, in der er sich als Unterzeichner ausgibt, geht das natürlich nicht hervor. Aber mit Erscheinen seines Namens auf unserer Liste, wurden sofort Medienvertreter aufmerksam gemacht, die das skandalisieren sollten.

Deshalb die deutliche Botschaft an die braunen Kameraden: Verzichteten Sie auf den Versuch, sich auf unsere Liste zu schleichen. Sie werden bei Entdeckung umgehend entfernt. Und an alle Denunzianten: Gebt es auf, Ihr schüchtert uns nicht ein! Wir werden immer mehr. Eines Tages müsst Ihr in den Spiegel schauen, der Euch vorgehalten wird und erkennen, dass der Spruch immer noch gilt:

Der Größte Schuft im ganzen Land, ist und bleibt der Denunziant!

(Nachtrag P. H.):

Mit Stand 9.4.18 verzeichnen wir bereits 115.000 Unterschriften – Eine große Leistung!